

Panelvorschlag der Sektion Politik Sozialer Arbeit zur DGSA-Jahrestagung, 24./25. April 2020, Landshut

Verantwortlich: *DGSA Sektion ‚Politik Sozialer Arbeit‘*

Prof. Dr. Andrea Dischler (Sprecherin)
Katholische Stiftungsfachhochschule München, Preysingstr. 83, 81667 München, 089 - 48092-1422, andrea.dischler@ksfh.de

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher (stellv. Sprecher)
Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, 030/501010-29, jens.wurtzbacher@khsb-berlin.de

Abschied vom Sozialen? Menschenfeindlichkeit, Rechtspopulismus und Soziale Arbeit

Die Soziale Arbeit möchte soziale Wandlungsprozesse aktiv mitgestalten. Was aber, wenn sich die sozialen Wandlungsprozesse gegen die Grundlagen des sozialen Wohlfahrtsstaates und der sozialen Arbeit selbst richten? Populistische Strömungen sind keineswegs neu, aktuell ist aber ein befremdlicher Bedeutungsgewinn rechtspopulistischer Strömungen festzustellen, der sich nicht zuletzt auf die Sozialpolitik und die sozialen Dienste auswirkt, z.B. in der Flüchtlingsarbeit, der Jugendarbeit etc. Das Panel dient einer trinationalen Verständigung darüber, inwiefern sich die Soziale Arbeit in Deutschland, in der Schweiz und in Österreich durch gesellschaftliche Tendenzen herausgefordert sieht, die ihre normativen Grundlagen beginnt zu untergraben. Hierbei soll ein blinder Alarmismus vermieden werden, sondern es geht auf der Basis von einzelnen nationalen Impulsen darum, auszuloten, welche Schlüsse für die Vermittlung, die Praxis und die Politik Sozialer Arbeit aus den aktuellen Entwicklungen des Rechtspopulismus und den Tendenzen einer *gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (Heitmeyer) gezogen werden müssen.

Impulse und Diskussion

1) *Impuls Österreich: Spaltung der Sozialen Arbeit? Spaltung durch Sozialpolitik?*

Referent: Dr. Alban Knecht, Universität Klagenfurt, Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung, Arbeitsbereich Sozialpädagogik und Inklusionsforschung und Eva Grigori, BA MA, FH St. Pölten, Department Soziales / Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung

Kontakt Alban Knecht: Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung, Arbeitsbereich Sozialpädagogik und Inklusionsforschung, Universitätsstraße 65-67, 9020 Klagenfurt am Wörthersee
Alban.Knecht@aau.at

Eva Grigori: FH St. Pölten, Department Soziales, Matthias-Corvinus-Straße 15, 3100 St. Pölten,
eva.grigori@fhstp.ac.at

Kurzfassung (600 Zeichen):

Der Beitrag skizziert zum einen handlungspraktische Dilemmata und Herausforderungen Sozialer Arbeit im Umgang mit rechtsextremen Agenden und AkteurInnen. Dabei soll der Blick nicht allein auf

Jugendarbeit gerichtet werden, sondern auf den Auftrag der Einbindung in das Soziale für alle BewohnerInnen eines Sozialraums. Zum zweiten werden die Befunde in ein größeres Bild österreichischer Sozialpolitik eingebunden, deren Konsequenzen soziale Spaltung, zugespitzte Deprivation und Exklusion sind.

Langfassung (2000 Zeichen):

Wenngleich rechtstextreme Strömungen einen kontinuierlichen Faktor der österr. Nachkriegsgeschichte darstellen, so hat die erneute Regierungsbeteiligung der FPÖ (2017-2019) nach mehr als zehn Jahren doch in kurzer Zeit zu weitreichenden Änderungen der Politik, auch bezüglich sozialer Themen geführt. In unserem Beitrag gehen wir auf handlungspraktische Herausforderungen von SozialarbeiterInnen sowie auf die Veränderungen der Rahmenbedingungen von Sozialer Arbeit ein.

Der fachwissenschaftliche Diskurs um Aufträge, Herausforderungen und methodische Konzepte Sozialer Arbeit bezüglich des Umgangs mit rechten Einstellungen und Handlungen befindet sich in Österreich – trotz langjähriger parlamentarischer Tradition – in den Kinderschuhen. Dabei sind problematische Phänomene durchaus bekannt: Rechte, die behaupten „patriotisches Streetwork“ zu betreiben und gezielt Jugendliche agitieren oder Fachkräfte, die Überforderung im Umgang mit fanatisierten Einzelpersonen oder ganzen Familien schildern. Basierend auf einem zweijährigen Lehrforschungsprojekt und eigenen Explorationen sollen ebenjene handlungspraktischen Herausforderungen sowie daraus resultierende Dilemmata skizziert und Empfehlungen zur strukturierten Revision bisheriger Umgangsformen aufgezeigt werden: Wie kann man den inklusiven Auftrag Sozialer Arbeit im Umgang mit Rechtsextremismus konsequent gestalten?

Dabei haben sich die politischen Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit stark verändert. Im Rahmen einer Hetzkampagne gegen Asylsuchenden wurde nicht nur die Mindestsicherung für alle BewohnerInnen Österreichs reduziert, sondern es wurde auch versucht eine (nach internationalen Gesetzen nicht zulässige) Spaltung zwischen österreichischen StaatsbürgerInnen und anerkannten Asylsuchenden bzw. anderen Gruppen zugewanderter EmpfängerInnen zu etablieren. Die Zuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe wurde von der Bundesebene auf die Länderebene delegiert, wobei mit einer Abwärtsspirale der Leistungen gerechnet werden muss. Im Bereich der Beschäftigungsförderung von Jugendlichen stehen außerbetriebliche Förderungen unter Druck, während die Subventionen für auszubildende Unternehmen erweitert wurden. Insgesamt zeigt sich, dass unter dem Deckmantel einer „Heimatpolitik“ ein nationalistisch modifizierter, neoliberaler Politikstil etabliert wird, der eine fortschreitende Entsolidarisierung der Gesellschaft befördert.

2) Impuls Schweiz: Mit politischer Sozialer Arbeit gegen exkludierende Solidarität

Referenten: Andreas Laib, Dozent am Fachbereich Soziale Arbeit der FHS St.Gallen, Schweiz und Tobias Kindler, wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziale Arbeit und Räume der FHS St.Gallen, Schweiz

Kontakt: FHS St. Gallen, Fachbereich Soziale Arbeit, Rosenbergstrasse 59, 9001 St.Gallen, andreas.laib@fhsg.ch und tobias.kindler@fhsg.ch

Kurzfassung (600 Zeichen):

In der Schweiz treibt die Schweizerische Volkspartei den Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme voran. Dafür konstruiert sie nicht nur den vertikalen Antagonismus zwischen Volk und Elite, sondern unterscheidet auf der horizontalen Achse z.B. zwischen würdigen und unwürdigen Sozialhilfebeziehenden. Die skizzierte Tendenz widerspricht einer Sozialen Arbeit, die sich in ihrer Berufsethik explizit

für Solidarität positioniert. Wir plädieren deshalb dafür, dass sich Sozialarbeitende angesichts erstarkender rechtspopulistischer Kräfte aktiv in gesellschaftliche Aushandlungsprozesse einbringen.

Langfassung (2000 Zeichen):

In der Schweiz treibt die Schweizerische Rechtsaußen-Partei SVP den Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme und die darauf angewiesenen Personengruppen mit gezielten Kampagnen voran. Aktuelle politische Vorstöße zielen darauf ab, sowohl Asylsuchenden als auch «unmotivierten» Sozialhilfebeziehenden die finanzielle Unterstützung zu kürzen. Damit konstruiert die SVP nicht nur den für populistische Strömungen typischen vertikalen Antagonismus zwischen Volk und Elite, sondern führt zugleich eine weitere künstliche Diskriminierung auf der horizontalen Achse ein: Unterschieden wird zwischen innen und außen, zwischen wahren und Nicht-Volk oder zwischen würdigen und unwürdigen Sozialhilfebeziehenden (Pelinka 2002). Diese Unterscheidung bedient das Konzept der «exkludierenden Solidarität». Namentlich die Betonung von nationalen Präferenzen schließt gezielt Gruppen aus der institutionalisierten Solidarität des Sozialstaates aus (Flecker et al. 2018: 245ff). Dabei beobachten wir die Tendenz, dass «das Volk» immer enger und somit exkludierender konstruiert wird und nur noch spezifisch definierte Gruppen auf teils überlebenswichtige Solidarität zählen dürfen.

Die skizzierten Tendenzen widersprechen diametral einer Sozialen Arbeit, die sich in ihrer Berufsethik «für Solidarität und die Wahrung der Menschenrechte, für Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Menschen und gegen Diskriminierung» (AvenirSocial 2010: 13) positioniert. Soziale Arbeit bzw. die sie ausübenden Fachpersonen sind somit aufgerufen, «sich auch mit ihren staatsbürgerlichen Mitteln» (ebd.) aktiv in gesellschaftliche Konflikt- und Aushandlungsprozesse einzubringen. Wir plädieren insofern dafür, Soziale Arbeit insbesondere in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer Kräfte immer auch als politische Arbeit zu verstehen.

3) Impuls Deutschland: Populistische Politik – Auftraggeber für die Soziale Arbeit

Referentin: Dr. Claudia Rahnfeld, Professorin für Soziale Arbeit, Professionstheorie und Disziplinäres Wissen, Duale Hochschule Gera Eisenach

Kontakt: Duale Hochschule Gera-Eisenach, Weg der Freundschaft 4, 07546 Gera

Kurzfassung (600 Zeichen):

Einfache Sprache anwenden und bewusst Falsches erzählen- das ist Populismus. Eine perfide Kommunikationsstrategie, um Kontrolle zu vermitteln. Immer erfolgreicher „eingefangen“, werden dabei Menschen aller Schichten, die sich von politischer Seite nicht mehr verstanden fühlen. Soziale Arbeit ist in Zeiten wie diesen vor allem vor politikbezogene Herausforderungen gestellt und muss sich verstärkt in einer Brückenfunktion verstehen. Es gilt die Brücke zu schlagen zwischen Politik- und Bürgerebene. Dies heißt auf der einen Seite als beratende Instanz für Politiker, Verbände und Organisationen tätig sein. Und auf der anderen Seite muss sich Soziale Arbeit als verstehende, übersetzende, interessenswahrnehmende Instanz für Bürger begreifen. Methodisch kann die Soziale Arbeit dabei an dem Konzept der „Stückwerk-Sozialtechnik“ von Karl Popper (1974) anknüpfen.

Langfassung (2000 Zeichen):

Einfache Sprache anwenden und bewusst Falsches erzählen- das ist Populismus. Es wird oft nicht nach faktenbasierten Antworten gesucht, sondern komplexe Fragen werden verändert und so gekürzt dargestellt, dass einfache Antworten möglich werden. Populistische Politik verfolgt dabei häufig kein Programm, sondern wendet eine Kommunikationsstrategie an. Eine perfide Strategie, um Kontrolle zu vermitteln. Immer erfolgreicher „eingefangen“, werden dabei Menschen aller Schichten, die sich von politischer Seite nicht mehr verstanden fühlen.

Soziale Arbeit ist in Zeiten wie diesen vor allem vor politikbezogene Herausforderungen gestellt und muss sich verstärkt in einer Brückenfunktion verstehen. Es gilt die Brücke zu schlagen zwischen Politik- und Bürgerebene. Dies heißt auf der einen Seite als beratende Instanz für Politiker, Verbände und Organisationen tätig sein. Und auf der anderen Seite muss sich Soziale Arbeit als verstehende, übersetzende, interessenswahrnehmende Instanz für Bürger begreifen. Diese Brückenfunktion ist dabei inhaltlich immer sozialräumlich geprägt und braucht deshalb eine konsequenten Handlungs- und Problemorientierung, die immer durch eine Lebenswelt- und Subjektorientierung gekennzeichnet ist. In diesem Feingefühl für Bürger- und Politikinteressen kann Soziale Arbeit wohl am verantwortungsvollsten in diesen kritischen Zeiten auftreten.

Methodisch kann die Soziale Arbeit dabei an dem Konzept der „Stückwerk-Sozialtechnik“ von Karl Popper (1974) anknüpfen. Er schlägt darin eine technologisch orientierte Handlungsstrategie vor, in welcher Problemlösungen zunächst rein theoretisch aufgeworfen und systematisch praktisch *erprobt* werden. In der bewussten Reflexion dieses kleinschrittigen Vorgehens sollten die Resultate stets sorgfältig mit dem Erreichten verglichen werden. Im Sinne der „Stückwerk-Technik“ lautet der politische Auftrag für die Soziale Arbeit demnach konsequent neu geschaffene soziale Institutionen und Interventionen zu beobachten, zu reflektieren und beratend deren Weiterentwicklung zu begleiten.